

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Stärkung der Thüringer Hochschulen

Wissenschaft und Forschung sind Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung und damit auch für eine gute Zukunft des Freistaats, so Kultusminister Prof. Dr. Jens Goebel (CDU) während

der Debatte um die Stärkung der Hochschulen in der Plenarsitzung am 22. Juni. Er verwies auf die Erfolge Thüringer Universitäten bei Rankings und beim bundesweiten Exzellenzwettbewerb. Zugleich unterrichtete er das Parlament über die Verhandlungen zu einer neuen Rahmen-



Jörg Schwäblein (CDU)

vereinbarung des Landes mit den Hochschulen. Sie soll ihnen von 2008 bis 2011 Planungssicherheit geben und ihnen ermöglichen, sich im Wettbewerb zu behaupten. Kritik an den Ergebnissen

des bisherigen Hochschulpakts und an einer geplanten Stellenreduzierung äußerte Susanne Hennig (LINKE). Sie forderte die Erarbeitung eines Landeswissenschaftsplans. Daniel-Christian Eckardt (SPD) bemängelte die dauerhafte Unterfinanzierung der Hochschu-

len und sprach sich dafür aus, zumindest Personalkostensteigerungen auszugleichen.

Bereits am Vortrag hatte sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Verwaltungskostenbeiträgen an Thüringer Hochschulen befasst. Kultus-Staatssekretär Prof. Dr. Walter Bauer-Wabnegg und der CDU-Abgeordnete Jörg Schwäblein wiesen auf die Rechtsgültigkeit der Beiträge hin und warnten vor einem Boykott. Nichtzahler hätten mit erheblichen Nachteilen zu rechnen. Die Fraktionen der LINKEN und der SPD lehnten den Verwaltungskostenbeitrag aus sozialen und hochschulpolitischen Gründen generell ab

Sondersitzung zur Zukunft des Landes

Einen Bericht der Regierung zur Zukunft des Landes forderten die Fraktionen der LINKEN und der SPD im Rahmen einer Sondersitzung des Landtags am 20. Juni.

In der rund eineinhalbstündigen Sitzung warfen die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen, Dieter Hausold (LINKE) und Christoph Matschie (SPD), der Landesregierung Konzeptlosigkeit und fehlende Kompetenz vor, während Ministerpräsident Dieter Althaus und CDU-Fraktionschefin Christine Lieberknecht die Situation im Freistaat positiv bewerteten und die Sondersitzung als überstürzt und überflüssig bezeichneten.

Umweltausschuss

Keinen Anlass zur Kritik sah die Landesregierung nach Sichtung der Genehmigungsunterlagen für die Müllverbrennungsanlage Heringen - das wurde in der Sitzung des Umweltausschusses am 25. Mai bekannt gegeben. „Trotzdem

Abgeordnete wollen ihre Altersversorgung reduzieren

Abgeordnete sind eine der wenigen Berufsgruppen, die eigenständig über die Höhe ihrer Bezahlung entscheidet. Dieses Privileg kann freilich auch eine Last bedeuten, vollzieht sich die Entscheidung hierüber doch unter den kritischen Blicken der Öffentlichkeit. Dass die Mitglieder des Thüringer Landtags sich ihrer Verantwortung bewusst sind, bewies die Debatte über die Neuregelung des Thüringer Abgeordnetengesetzes am 21. Juni. Zwar wurde es erst 2003 grundlegend geändert, aber in der Zwischenzeit fanden weit reichende Reformen der sozialen Sicherungssysteme statt. Die entsprechenden Einschnitte für die Sozialversicherten wol-

len auch die Abgeordneten mittragen. Die Fraktionen der CDU und der SPD legten daher Gesetzentwürfe vor, die unter anderem eine Anhebung der Altersgrenze für die Inanspruchnahme der Altersversorgung auf 67 Jahre, eine Absenkung der maximalen Höhe der Altersversorgung sowie eine Abschaffung des Sterbegeldes für Parlamentarier vorsehen. Den Vorschlag der Fraktion der LINKEN, einen Systemwechsel hin zu einem voll steuerpflichtigen Abgeordneteneinkommen ohne Aufwandspauschalen zu vollziehen, lehnten CDU und SPD unter Verweis auf die Besonderheiten des parlamentarischen Mandats ab.

Innenausschuss

In seiner Sitzung am 1. Juni 2007 einigte sich der Innenausschuss auf die Verfahrensweise zur weiteren Behandlung von OPTOPOL, der Reform zur Optimierung der Organisationsstruktur der Thüringer Polizei. „Am 14. Septem-



Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

der Landtagskurier erscheint in der Regel im Anschluss an die Plenarsitzungen. Er soll behandelte Themen in knapper Form präsentieren, um den Lesern Einblick in die aktuelle politische Debatte zu vermitteln. Sachlichkeit und Ausgewogenheit sind dabei leitende Prinzipien.

Angesichts des Umfangs der Tagesordnung ist es unmöglich, alle Beratungen und Beschlüsse zu berücksichtigen. Die Auswahl fällt oft nicht leicht. In dieser Ausgabe gilt der Hochschulpolitik besonderes Augenmerk. Auch eine quasi interne und doch für die Öffentlichkeit interessante Thematik wird behandelt: die Neuregelung der Altersvorsorge der Abgeordneten, bei der Veränderungen nachzuvollziehen sind, die bereits für alle Sozialversicherten gelten.

Der Landtag ist das zentrale Forum der Thüringer Politik. Neuigkeiten hat er immer zu bieten. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

ber werden wir eine mündliche Anhörung durchführen und dafür in der Juli-Sitzung die Anzuhörenden festlegen“, so die Ausschussvorsitzende Evelin Groß, CDU, im Anschluss an die Sitzung.

Ausstellungen

Leichtathletikzentrum informiert

Sportliche Anregungen konnten sich die Landtagsabgeordneten am Rande der Plenarsitzungen am 21. und 22. Juni holen. An beiden Tagen präsentierte sich Thüringens größter Leichtathletikverein, das Leichtathletikzentrum Erfurt, mit seinem Leistungsspektrum im Foyer des Landtags. Präsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski dankte dem Verein für seinen „beispielgebenden Einsatz für die Thüringer Leichtathletik“ und hob die Bedeutung des Sports für den Freistaat hervor.



Besuch

Polnischer Botschafter zu Gast



Am 26. Juni waren Polens Botschafter Dr. Marek Prawda (re.) und Generalkonsul Zbigniew Zaręba (li.) zu Gast im Thüringer Landtag. Dr. Prawda ist Deutschland seit seinem Wirtschaftsstudium in Leipzig während der siebziger Jahre verbunden. Mit Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski besprach er die jüngsten Entwicklungen im europäischen Integrationsprozess sowie Möglichkeiten, den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen Polen und Thüringen weiter zu intensivieren. Der Freistaat ist Partner der Region Kleinpolen.

Veranstaltungen

Internationaler Nichtraucherwettbewerb: Be smart - don't start

Unter diesem Motto - übersetzt etwa „Sei schlau und fang' gar nicht erst an“ - findet alljährlich ein internationaler Nichtraucherwettbewerb für junge Menschen statt. 2006/2007 nahmen bereits zum siebten Mal Schüler aus dem Freistaat

teil - insgesamt 125 Klassen, von denen 85 das Wettbewerbsziel, ein halbes Jahr lang nicht zu rauchen, erreichten. Unter den Gewinnern wurden attraktive, von Sponsoren gestiftete Preise verlost und am 20. Juni bei einer Feier im Landtag übergeben.



Schüler der Klasse 6 der Regelschule Molschleben mit ihrem Preis

CDU

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 06

Fax 0361 - 377 25 20

www.thl-cdu.de

Bürgerbeauftragte kann Themen bestimmen

Mit der Wahl der neuen Bürgerbeauftragten Silvia Liebaug ist ein längerer Reformprozess auch personell zum Abschluss gekommen. Die Zuständigkeiten zwischen der Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Thüringer Landtags sind nun klarer abgegrenzt und jeweils gestärkt worden. Anders als der Petitionsausschuss kann die Bürgerbeauftragte Themen selbst aufgreifen. Im Rahmen der umfassenden Novelle ist das Vorschlagsrecht für das Amt des Bürgerbeauftragten von der Landesregierung auf den Thüringer Landtag übergegangen. Das Landesparlament hat damit erstmals eine Beauftragte gewählt, die aus den eigenen Reihen vorgeschlagen worden ist.

Resozialisierung und Sicherheit müssen gleichwertige Ziele sein Jugendstrafvollzugsgesetz für Thüringen

Im zukünftigen Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz sollten Resozialisierung und Sicherheit als zentrale Ziele gleichwertig gewichtet sein. Das betonte Marion Walsmann, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, im Zusammenhang mit der ersten Beratung des Regierungsentwurfs eines Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes. Die Justizpolitikerin plädierte zugleich dafür, dass auch für jugendliche Straftäter der geschlossene Vollzug die Regel sein müsse. Es sei ein Irrglaube, dass jugendliche Straftäter nur im offenen Vollzug wieder in die Gesellschaft und in ein Leben ohne Straftaten zurückgeführt werden können. Entsprechende Vorstellungen der LINKEN bezeichnete sie als falsch. Für Walsmann erlaubt



CDU-Justizpolitikerin Marion Walsmann

der geschlossene Vollzug eine bessere erzieherische Einwirkung, um „jugendliche Straftäter aus ihrem negativen Umfeld herauszubringen und ihnen Ausbildung und Perspektive zu geben“. Bei ihrem Vorschlag gerate der LINKEN das berechnete Bedürfnis der Öff-

fentlichkeit nach dem Schutz vor Straftätern „völlig aus dem Blick“. Die Oppositionsfraktion stützt sich Walsmanns Meinung zufolge auf „aufgewärmte und längst überholte Strafvollzugstheorien der 80er Jahre, die sich in der Praxis nicht bewährt haben“. Für die Justizpolitikerin muss der „Jugendstrafvollzug einerseits so ausgestaltet sein, dass er jugendlichen Straftätern durch entsprechende Qualifizierungsangebote Chancen für die Zeit nach der Haftverbüßung eröffnet. Andererseits hat er dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen.“ Es müsse sichergestellt sein, dass Gefährdungen für Leib und Leben Dritter ausgeschlossen werden.

Aktionswoche: Arbeit darf nicht arm machen



„Arbeiten für'n Appl und'n Ei?“ - die Landtagsabgeordnete der LINKEN Sabine Berninger unterstrich in Arnstadt ganz praktisch die Forderung nach auskömmlichen Löhnen. „Arbeit darf nicht arm machen - für einen gesetzlichen Mindestlohn“, unter diesem Motto war die Fraktion der Partei DIE LINKE mit einer überdimensionalen Acht-Euro-Münze überall in Thüringen unterwegs, das beinahe flächendeckend zu einem Niedriglohnland geworden ist.

Dieter Hausold: „Sie stellen demokratische Grundprinzipien dieses Landes auf den Kopf“

Das von der CDU-Landesregierung zu verantwortende Desaster in Thüringen wird immer deutlicher und war besonders anschaulich bei den Verhandlungen über den Kommunalen Finanzausgleich zu besichtigten. Die Landesregierung wollte die Städte und Gemeinden über den Tisch ziehen. Bürgermeister und Landräte waren entsetzt,

bangten um die Lebensfähigkeit ihrer Kommunen. In der von den Oppositionsfraktionen der LINKEN und der SPD einberufenen Sondersitzung des Landtags am 20. Juni hatte Dieter Hausold betont: „Sie stellen mit Ihrer Politik demokratische und verfassungsrechtliche Grundprinzipien dieses Landes von den Füßen auf den Kopf.“



Landes- und Kommunalpolitiker der LINKEN hatten vor der Sondersitzung des Landtags symbolhaft den gewaltigen Größenunterschied zwischen dem Volumen der an die Kommunen übertragenen Aufgaben und den dafür bereit gestellten Mitteln aus der Landeskasse deutlich gemacht.

Zahlreiche Fragen zur Fernwasserversorgung

Mit einem Untersuchungsausschuss zur Fernwasserversorgung wollen die Abgeordneten der LINKEN „überfällige Antworten auf die Frage erzwingen, ob die Landesregierung den Landtag bei wichtigen Beschlüssen getäuscht hat“, sagte MdL Tilo Kummer. Zu klären sei, warum die Thüringer Fernwasserversorgung in die Unternehmenskrise geriet und wichtige Weichenstellungen für die zukunftssichere Wasserversorgung Ostthüringens bisher nicht erfolgten, weshalb Informationen, die als Grundlage für die Beschlüsse zum Weiterbau der Talsperre Leibis und zur Gründung der Thüringer Fernwasserversorgung dienten, nicht korrekt waren.

Außer Spesen nichts gewesen Opposition stellt Regierungserklärung von 2004 auf den Prüfstand: CDU-Politik beschleunigt Abwanderung

Was ist aus der viel diskutierten Regierungserklärung aus dem Jahr 2004 geworden? Dieter Althaus hatte, wie er im Sonderplenum selbst einräumte, „keine Lust“, seine Politik vor der Opposition zu bilanzieren.

Althaus bezeichnete die von der Opposition beantragte Sondersitzung als „überstürzt und überflüssig“. Eine umfassende Bilanz seiner bisherigen Regierungsarbeit werde er bei der Einbringung des Doppelhaushaltes 2008/2009 ziehen. „Die Landesregierung ist mit ihren Vorhaben - wie der Behördenstrukturreform und der vom Verfassungsgericht geforderten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs - komplett gescheitert. Die Verhandlungen mit den Kommunen stecken in einer tiefen Krise. Der Finanzausgleich ist aber eine Kernfrage für die wei-



C. Matschie

tere Entwicklung des Freistaates. Die Kommunen dürfen dabei nicht über den Tisch gezogen werden“, hatte Christoph Matschie den Oppositionsantrag im Vorfeld der Sitzung begründet. Der SPD-Fraktionsvorsitzende sagte in der Sondersitzung, die Politik der CDU-Landesregierung beschleunige die Abwanderung aus Thüringen. Die Steuermehereinnahmen seien Ergebnis der Reformpolitik der letzten rot-grünen Bundesregierung, nicht aber einer soliden Finanzpolitik im Freistaat. Thüringen sei beim Bürokratieabbau Schlusslicht und belege bei der wirtschaftlichen Dynamik nur einen hinteren Platz. Die geplanten Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich führten letztlich dazu, dass die Lebensqualität der Menschen sinke.

Künstlerin mit polnischen Wurzeln stellte aus

Ölbilder und Aquarelle der Künstlerin Danuta Miroslawa-Pfeiffer hat die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Danuta Miroslawa-Pfeiffer wurde am 4. Januar 1946 in Lublin (Polen) geboren. 1968 bestand sie die Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Bildende Kunst in Wroclaw, wo sie zwei Semester Malerei

und Grafik studierte. 1971 siedelte sie nach Jena über. Als Malerin fühlt sie sich besonders vom Impressionismus, dem Surrealismus und der abstrakten Kunst angesprochen.



Die Künstlerin mit ihren Laudatoren, dem SPD-Abgeordneten Hans-Jürgen Döring (rechts) sowie Wilhelm Schaffer.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Tel. 0361 - 377 1871
Fax 0361 - 377 1872
e-mail
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
Tel. 0361 - 377 1951
Fax 0361 - 377 1952
e-mail
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz
Tel. 0361 - 377 1900
Fax 0361 - 377 1904
e-mail
poststelle@datenschutz.thue-
ringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines
newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-mail (im PDF-Da-
tei Format) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-mail:

pressestelle@landtag.thue-
ringen.de

oder rufen Sie uns an:

Telefon 0361 37 72006



Der Datenschutzbeauftragte

Luftbildaufnahmen und Datenschutz

Luftbildaufnahmen, erstellt bei-
spielsweise von Satelliten, Flug-
zeugen oder Ballonen, erfassen
die Erdoberfläche und dienen
u. a. der Vermessungsverwal-
tung, der Umweltüberwach-
ung oder der Subventionskon-
trolle. Gesammelt werden die-
se digitalen Daten im Landes-
luftbildarchiv; von dort werden
sie für sämtliche Verwaltungszwe-
cke zur Verfügung gestellt. Von
datenschutzrechtlichem Inter-
esse ist, ob hierbei personen-
bezogene Daten verarbeitet und
genutzt werden und ob hierfür
eine Rechtsgrundlage zur Ver-
fügung steht. Unter personen-
bezogenen Daten werden Einzel-
angaben über persönliche
oder sachliche Verhältnisse einer
bestimmten oder bestimm-
baren natürlichen Person ver-
standen. Aktuell ist die Frage-
stellung, ob der von der Bauord-
nungsverwaltung zur Ermitt-
lung von baurechtswidrigen sog.
Schwarzbauten eingesetzte
(digitalisierte) Pläne mit den
digitalisierten Luftbildaufnah-
men in das Recht der informati-
onellen Selbstbestimmung der
erfassten Betroffenen (Grund-

stückseigentümer etc.) rechtmä-
ßig eingreift. Die Rechtspre-
chung des Bundesverfassungs-
gerichts stellt hinsichtlich eines
Eingriffs in dieses Grundrecht
nicht allein auf die vorhandenen
Daten, sondern entscheidend
auf deren Verarbeitungs-, Ver-
knüpfungs- und Verwendungsmö-
glichkeiten ab. Mithin kommt
es für die Bestimmbarkeit einer
Person nicht darauf an, ob die
betreffende Behörde eine per-
sonale Zuordnung anhand al-
lein ihrer Luftbilddaten vorneh-
men kann, sondern es genügt,
dass ein Personenbezug via Ver-
knüpfung von Luftbild-, Plan-,
Adress- und Personendaten her-
stellbar ist. Im Hinblick auf die
erwähnten Schwarzbauten ist
diese Personenbestimmbarkeit
durch Datenverknüpfungen
durchaus realistisch. Hinzu tritt
der Umstand der Zoommö-
glichkeiten. Die ursprünglich für
das Vermessungswesen erstell-
ten Luftbildaufnahmen besit-
zen mittlerweile eine Detail-
schärfe, die die Problematik des
Personenbezuges signifikant er-
höht. Die Rechtsprechung er-
kennt demgemäß in dem Ein-
blick per Luftbildaufnahmen in

die Grundstücks-Privatsphäre
als einem von öffentlicher Kon-
trolle und Beobachtung frei-
en Rückzugsbereich grundsätz-
lich einen Eingriff in das Persö-
nlichkeitsrecht. Ob die bestehen-
de Rechtslage diese Nutzung
von Luftbildaufnahmen rechtfertigt,
ist allerdings mit datenschutz-
rechtlichen Zweifeln behaftet.
Gemäß § 4 Abs. 1 der Thüringer
Verordnung über das Landesluft-
bildarchiv unter anderem nur,
soweit Rechte Dritter dem nicht ent-
gegenstehen. Angesichts der
dargestellten bereits bestehen-
den, sich aber durchaus fort-
entwickelnden Zoom- und Ver-
knüpfungsmöglichkeiten erhalten
solche Luftbilder eine datenschutz-
rechtliche Relevanz, die über die
bloße Grundstücksbezogenheit
beträchtlich hinausgeht. Der
Datenschutzbeauftragte wird
daher auf eine datenschutzkon-
forme Lösung dieser Problematik
hinwirken und hierbei auch das
weitere juristische Problemfeld
der behördlichen Nutzung von
Luftbildaufnahmen durch private
Anbieter einbeziehen.

Dr. Lutz Hasse

Die Bürgerbeauftragte

Silvia Liebaug wurde gewählt

In der 63. Plenarsitzung des
Thüringer Landtags am 22. Juni
2007 wurde Silvia Liebaug als
Bürgerbeauftragte des Freistaats
Thüringen gewählt.

Silvia Liebaug ist 48 Jahre alt,
verheiratet und hat einen Sohn.
Die gelernte Diplomjuristin war
nach ihrem Studium an der
Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg als Justitiarin in
Betrieben und der Verwaltung
tätig. Von Mai 1990 bis Februar
1994 war sie Landrätin des Land-
kreises Suhl. Von 1994 bis zum
Februar 2006 amtierte sie als
vom Landtag gewählte Thüringer
Landesbeauftragte für den
Datenschutz.

Als Bürgerbeauftragte obliegt
ihr die Aufgabe, die Rechte der
Bürger gegenüber Trägern der
öffentlichen Verwaltung im Lan-
de zu wahren und die Bürger im
Umgang mit der Verwaltung zu
beraten und zu unterstützen.



Sie befasst sich mit den von den
Bürgern an sie herangetragenen
Wünschen, Anliegen und Vor-
schlägen (Bürgeranliegen). Die
Aufgaben und Befugnisse sind
im Thüringer Gesetz über den
Bürgerbeauftragten (Thüringer
Bürgerbeauftragtengesetz -
ThürBüBG) vom 15. Mai 2007
festgelegt. Danach hat jeder das

Recht, sich einzeln oder in Ge-
meinschaft mit anderen unmit-
telbar schriftlich oder mündlich
an die Bürgerbeauftragte zu
wenden.

Neben Bürgersprechstunden
am Dienstsitz in Erfurt werden
auch Sprechtag in den Land-
kreisen und kreisfreien Städten
Thüringens abgehalten.

Zum Thüringentag in Eisenach
wird die Bürgerbeauftragte in
der Zeit vom 6. bis 8. Juli 2007
als Ansprechpartnerin am Stand
des Thüringer Landtags zur Ver-
fügung stehen.

Im Monat Juli finden die aus-
wärtigen Sprechtag am 10. Juli
2007 im Landratsamt Greiz und
am 24. Juli 2007 in der Stadtver-
waltung Suhl statt. Für den Mo-
nat August ist ein Sprechtag für
den 28. August 2007 im Land-
ratsamt des Saale-Holzland-
Kreises in Eisenberg vorgesehen.